

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Wochenblatt. 1829-1920 1872

31 (12.3.1872)

Durlacher Wochenblatt.

№ 31.

Dienstag den 12. März

1872.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag. Bezugspreis in der Stadt vierteljährlich 36 kr., halbjährlich 1 fl. 12 kr. mit Trägerlohn, im Postbotenbezirk vierteljährlich 48 kr., im übrigen Baden 52 kr. Neue Abonnenten können jederzeit eintreten. Einrückungsgebühr per gewöhnliche gepaltene Zeile oder deren Raum 2 kr. Inserate erbittet man Tage zuvor bis spätestens 9 Uhr Vormittags.

Badischer Landtag.

17 Karlsruhe, 19. Febr. Wir setzen den Bericht über die Samstagssitzung fort. Der Abg. Eller spricht von national-liberaler Regierung, die Frage der Militärpflicht sei keine Parteifrage, Sachkenner hätten erklärt, daß die Abkürzung eine Erhöhung der Wehrkraft bedeute; daß auch junge Soldaten Großes leisten können, habe das Jahr 1871 gezeigt. — Der Abg. Müller v. Borzheim tritt der Ansicht des Abg. Fischer bei, wonach durch bessere Schulbildung am ersten die Abkürzung der Militärdienstzeit herbeigeführt werden könne. — Die Diskussion wird hierauf geschlossen, zu einer persönlichen Bemerkung erhält zunächst noch das Wort der Abg. Schulz; Allgemein habe man von der geringen Rentabilität der Pferdebezug in unserm Lande gesprochen und damit die Aufhebung des Landesgesetzes motiviert. Er habe nur hervorgehoben, daß wir 14,000 Mann bereit zu halten hätten und das halte er für ein großes Unglück. — Der Abg. Kiefer: Gegen Vender sei zu bemerken, der Betonung der friedlichen Tendenz des Reiches und des Prinzips der Nichtintervention in der kaiserlichen Thronrede habe die Majorität des Reichstages unbedingt zugestimmt, gerade wegen dieses Passus aber habe die Zentrumsparthei dies nicht gethan, aus bekannten Gründen wollte man dort nicht für das Prinzip der Nichtintervention sich erklären; wenn der Abg. Vender damals noch auf seiner Pfarre gewesen sei, hätte er sich wenigstens durch die Zeitungen genau unterrichten sollen. Der Abg. Schulz habe von einer Politik der Wandlungen auf Seiten der national-liberalen Partei gesprochen, und dies damit motiviert, daß die preussische Fortschrittspartei die Militärreorganisation in der Konfliktzeit bekämpft habe, Redner sei weit entfernt, daraus jener Partei einen Vorwurf zu machen; wenn aber der Abg. Schulz auch nur einigermassen mit der Geschichte der Parteien Bekanntschaft habe, müsse er wissen, daß die national-liberale Partei 1866 erst entstanden sei, sie stimmte damals für Indemnität und die Bundesverfassung und damit für die Militärreorganisation; übrigens sei es weiter unrichtig, daß von Berlin aus von Seiten der national-liberalen Partei irgend welcher Einfluß auf den badischen Theil derselben ausgeübt werde; eine Politik der Wandlungen haben vielmehr der Abg. Schulz und seine Freunde durchgemacht, sie haben so lange gegen das Reich und die Kriegsverfassung gekämpft, bis ihnen das Volk selbst den Mund gestopft habe. — Als persönliche Bemerkung führt noch der Abg. Vender an, daß der Abschluß der Zentrumsfraktion keineswegs die Intervention in Italien verlängert habe, worauf der Abg. Kiefer sich dagegen verwahrt, dies gesagt zu haben, er habe überhaupt nur vom Entwurf der Majorität gesprochen, welchem sich die Zentrumsfraktion aus obigem Grunde nicht angeschlossen habe. — Es folgt nun die Beratung des Budgets der Domänenverwaltung, der Bericht hierüber ist vom Abg. Fischer erstattet; ein Antrag desselben, die Kammer möge den Wunsch zu Protokoll erklären, die Regierung möge die Vereinigung der Steuerdirektion mit der Golddirektion mit allem Ernste in der Weise erstreben, daß dieselbe bis zum Beginn kommender Budgetperiode vollzogen ist, fand ohne Debatte Annahme. Zur Position der Einnahme aus landwirtschaftlichen Grundstücken spricht sich der Abg. Hansjakob dahin aus, daß der Staat seine Wiesen- und Ackerparzellen veräußern, um das wirtschaftliche Fortkommen der Gemeinden zu erleichtern, jetzt würden die Acker und Wiesen durch Pächter nur ausgegülden. Eine in jüngster Zeit wegen Ankaufs ärarischer Grundstücke an die Regierung gerichtete Eingabe seitens der Gemeinde Hagenau möge Berücksichtigung finden. — Der Regierungskommissär Kilian erwidert, daß die Regierung den Grundbesitz besitze, sich der kleinen Parzellen zu entäußern, doch gehebe dies nur allmählig, von Hagenau sei bei dem Ministerium noch nichts eingegangen, wozu Hansjakob bemerkt, daß die Eingabe vor 8-10 Tagen bei der Domänenverwaltung geschah. — Der Abg. Schulz wünscht eine Auseinandersetzung zwischen dem Land und dem großherzoglichen Hause wegen des Domänenbesitzes anzuregen, worauf der Finanzminister erwidert, daß die Regierung wie mit einer Verfassungsrevision, so auch mit dieser Frage sich beschäftigen werde. — Der Abg. Gerwig macht darauf aufmerksam, daß in Gurtweil und Sterdingen eine gefährliche Ansammlung von Gütern in todter Hand sich zu vollziehen drohe, die Kirche komme hier hauptsächlich in Betracht, fügt der Abg. Schoch hinzu; ebenso spricht der Abg. Jungmanns sich dagegen aus, daß löstliche Institute zu viel Grundbesitz haben. — Gegen Gerwig bemerkt der Abg. Warde, an den genannten Orten handle es sich um keine Grundbesitze von großer Bedeutung, es seien dort ganz harmlose Anstalten (große Heurtheil) wenige Acker seien Privateigentum von Personen, die daraus ihre Lebensbedürfnisse schöpften. — Der Abg. Roderer: er habe mit Vergnügen gehört, daß sein Nachbar zur Linken (Jungmanns) sich gegen den bedeutenden Grundbesitz der selbst gedauert habe; jene Anstalten seien nicht so harmlos, das Volk habe andere An-

sichten als der Vorredner, daß von dort aus jährlich Transporte von Mädchen nach Amerika geschähen, sei keine Harmlosigkeit. — Nachdem der Abg. Zulflofer verschiedene Einzelheiten über das Entstehen der erwähnten Anstalten gegeben hat, wird auf Antrag des Abg. Schard die Debatte über diesen Gegenstand geschlossen, um ihm eventuell später eine besondere Größierung zu widmen. — Bei der Einnahme aus Pächterschaften mit besonderer Gewerbeeinrichtung hat die Commission sich mit der Verpachtung der Bierbrauerei Rothhaus einverstanden erklärt. Der Abg. Schmid von Tiefenstein bemerkt hierzu, daß in der betreffenden Gegend eine große Aufregung darüber herrsche, daß dieser Verpachtung keine öffentliche Ausschreibung vorausgegangen sei, wohl sei in früheren Zeiten kein günstiges Resultat mit derartigen Vorgehen erzielt worden, bei den jetzigen günstigen Verhältnissen hätte man jedoch ein besseres erwarten können; Redner richtet eine Anfrage an die Regierung über die Motive, welche sie zu dem Verlassen des regelmäßigen Weges veranlaßt hätten. — Hierauf erwidert der Finanzminister man habe sich nicht zwischen zwei Stühle setzen wollen; man hätte gefürchtet, daß bei einem öffentlichen Ausschreiben die jetzigen Pächter sich mit ihrem sehr günstigen Angebot wieder zurückziehen würden; es dürfte die Gelegenheit, Rothhaus endlich günstig loszuwerden, nicht vorüber gelassen werden. — Der Abg. Fischer erklärt sich für das Verfahren der Regierung, weil es zu einem günstigen Resultat geführt habe, während v. Feder der Ansicht ist, daß man die Form der öffentlichen Ausschreibung hätte wahren sollen; die Regierung habe sich von den Offerenten bange machen lassen. — Der Abg. Warde fragt an, ob das Verzicht auf Wahrheit beruhe, daß ein Mitglied dieses Hauses und der frühere Domänenverwalter in Bonndorf Pächter seien, ferner welche Stellung der Letztere jetzt einnehme. — Ministerialpräsident Ellstätter: die Personen der Pächter seien für die Prüfung des Vertrags gleichgültig, übrigens könne er die Anfrage des Vorredners bejahen, der betreffende Domänenverwalter sei auf eine Reihe von Jahren beurlaubt. Bessere Bedingungen, als die von den jetzigen Pächtern gebotenen, habe man nie erwarten können; gerade zu günstig für sich hätten die Unternehmer das Geschäft nicht abgeschlossen, wenn man auch hoffen könne, daß sie ein recht lohnendes Resultat erzielen, wozu für sie viel mehr die Möglichkeit gegeben ist, als dies beim Staatsbetrieb der Fall war. Wenn man die früheren Verhandlungen in diesem Hause über Rothhaus in Betracht ziehe, so hätte man erwarten sollen, daß die von der Regierung vorgenommene Maßregel allseitig gute Aufnahme hätte finden müssen. Daß gewisse Interessenten nicht zufrieden seien, sei begreiflich, jedoch zu bezweifeln, ob auch nur Einer davon auch nur annähernd so günstige Bedingungen angeboten hätte. Dem bisherigen Leiter der Bierbrauerei seien die günstigeren Resultate der letzten Jahre vorzugsweise zuzuschreiben, es sei aber ungewiß gewesen, diesen Mann noch lange an dieser Stelle zu erhalten. Jetzt sei es möglich, die Domänenverwaltung Bonndorf aufzuheben, wodurch dann schließlich auch in der Domänenverwaltung eine Vereinfachung und Ersparnis herbeigeführt sei. — Der Abg. Hufschmid will die Nothwendigkeit der öffentlichen Versteigerung nicht so sehr betont wissen, dieselbe sei oft mehr eine Colonnade als eine Wohlthat; die Unzufriedenheit gewisser Interessenten habe wahrscheinlich darin seinen Grund, daß sie selbst die Sache hätten billiger haben wollen. — Der Abg. Tritschler will nun das materielle Resultat in Betreff Rothhaus in's Auge fassen und dies ergebe sich als ein für den Staat sehr günstiges; wogegen Stigler den Formenscheitler des Mangels eines öffentlichen Angebotes rügt, bei jeder Kleinigkeit sonst finde ein solches statt. Weil die Unternehmer jedenfalls ein gutes Geschäft machen wollten, würden sie bei einer öffentlichen Konkurrenz nicht zurückgetreten sein; zum Schluß tritt Redner noch der Ansicht, Hufschmid's in Betreff der öffentlichen Versteigerungen entgegen; das Gleiche thut v. Feder, Hufschmid keine wahrscheinlich das praktische Leben nicht, worauf der Abg. Hufschmid seine Ansichten nochmals verteidigt, sich auf seine langjährigen praktischen Erfahrungen als Unterrichter und auf die Autorität Thibaut's beruft. — Der Abg. Schoch: er wisse nichts von Aufregung im Bezirke St. Ploffen, man sei vielmehr über die irdische Ordnung befriedigt. — Der Abg. Reßler; sehr leicht hätte ein niedriges Angebot bei einer öffentlichen Versteigerung brüderlich auf den Werth wirken können. — Der Abg. Gidelödter hebt als nachtheilig für den Staat den Punkt des Vertrags hervor, wonach der eine Pächter im Falle des Todes des andern zurückzutreten berechtigt sei, worauf Regierungskommissär Kilian erwidert, daß diese Bestimmung allerdings auch der Regierung nicht unangenehm sei, sie sei eine Koncession, die nicht zu vermeiden war; im Uebrigen rechtfertigt Redner nochmals die Regierung wegen ihres Vorgehens. Nachdem der Abg. Schmid von Tiefenstein seine formellen Bedenken nochmals wiederholt, wird der Commissionäusschussung durch das Haus beigetreten. — Den Schluß dieses Berichtes bringen wir im nächsten Blatte.

Tagesneuigkeiten.

Baden.

* Durlach, 11. März. Die Arbeiterversammlung, welche gestern in der „Kanne“ dahier abgehalten wurde, war von hiesigen und auswärtigen Arbeitern aus allen Schichten der Gesellschaft sehr zahlreich besucht. Bald nach Eröffnung der Verhandlungen, in denen die englischen und französischen Arbeiterverhältnisse, das Maschinenwesen, der Dampf, die Salzsteuer etc. in einer höchst gereizten Weise berührt aber nicht eingehend erörtert wurden, entstand Widerspruch, weil der Vortragende sich nicht nur Ausschreitungen gegen die bestehende Ordnung, sondern auch in seinen Ausführungen förmliche Unrichtigkeiten zu Schulden kommen ließ. Auf diese unerwartete Behandlung waren die von Karlsruhe gekommenen Agitatoren sammt ihren Gesossen nicht vorbereitet, es wurde hin- und hergestritten; in diesem Augenblick erschien der Wirth, wahrscheinlich Böses ahnend, und erklärte, daß bei Einholung der Erlaubniß zur Venüthung seines Lokals von Seiten der Arbeiter ganz andere Zwecke angegeben wurden, als die seien, welche eben zur Sprache gekommen, er sei deshalb genöthigt, zu bitten, sein Haus zu verlassen; unter Schimpfen verließen nun mit einer Anzahl meist auswärtiger Arbeiter die zugereisten Agitatoren das Lokal, während der größte Theil der hiesigen Arbeiter gemüthlich bei einem Glase Bier in dem Lokal beisammenblieb und sich über die ihren Verußsgenossen bereitete Niederlage lustig machten.

Deutsches Reich.

— Der Reichstag wird wahrscheinlich am 8. April zusammentreten. Die Sitzung soll aber nur etwa 3 Wochen dauern, damit dann gleich der preußische Landtag seine Arbeiten wieder aufnehmen kann. Derselbe wird deshalb gar nicht erst vertagt und die Abg. beziehen ihre Diäten während des Reichstags weiter. Freilich werden nun die nichtpreußischen Reichsdeputirten, die, obwohl sie aus weiter Ferne kommen, doch keine Diäten erhalten, ihre Kollegen, die aus dem preußischen Landtag kommen, zu beneiden alle Ursache haben. — Die Hauptvorlagen für die Frühjahrsession des Reichstags werden nach der Erklärung Delbrücks im Bundesrath u. A. sein: eine Braussteuer, ein Reichsbeamten- und ein Preßgesetz. — Die Kosten des Reichs für die Wiener Weltausstellung im nächsten Jahr belaufen sich auf 500,000 Thaler.

— Die Frauen u. Jungfrauen Lübecks haben dem Disfiziercorps des dortigen Bataillons eine prachtvoll ausgestattete Chronik der Kriegsthaten desselben zum Geschenk gemacht. Der Kaiser und die königlichen Prinzen schrieben sich Alle persönlich ein; ebenso Moltke, Roon und Bismarck. Dieser schrieb: „So lange die Frauen den Krieger ehren, wird dem Vaterlande die Wehr nicht fehlen.“ Gewiß ein schöner Spruch: sinnig und wahr, und den Nagel auf den Kopf getroffen.

— Am 29. Februar war es 4 Jahre, daß der alte König Ludwig von Bayern in Nizza verschied. Seine Landeskinder können, da er an einem Schalttage starb, den Todestag nur alle 4 Jahre feiern. Dieses Jahr geschah es zum ersten Mal.

— Der 2. März, als Jahrestag der Unterzeichnung des Friedens mit Frankreich hat Manchem die Sehnsucht gestellt. Der Kaiser hat diesen Tag dazu benützt, das letzte Wort in der Dotationsfrage zu sprechen, indem er die zu Beglückenden davon in Kenntniß gesetzt hat. Wie man hört, soll die Verteilung ganz nach den Grundsätzen geschehen sein, wie sie s. Z. der Kommission des Reichstags vertraulich mitgeteilt worden sind. Damit ist freilich unsere Neugierde nur schlecht befriedigt.

— Zu den Dotationen an die Generale erzählen die Zeitungen, dieselben zerfielen in 4 Abtheilungen: zu 300,000 Thalern (Roon, Moltke, Manteuffel); 200,000 Thalern (Deibrück, Werder etc.); 150,000 Thlr. (bayrische Heerführer) und 100,000 Thlr. (Stosch, Franke, Kirchbach etc.) Ueberhaupt sollen 22 Personen Dotationen erhalten.

Frankreich.

— Thiers hat seine liebe Noth mit seinen Ministern. Sie wollen sich nie ordentlich vertragen. Justiz und Finanzen leben in offener Fehde. Es ist allerdings bedenklich, daß

Pruyer-Quertier als Entlastungszeuge in dem unsauberen Prozesse des modernen Verres oder Schwindelpräkelten Janvier aufgetreten ist und das finanzielle Gebahren desselben mit Entschiedenheit gebilligt und in Schutz genommen hat. Nach solchen Neußerungen würde freilich dieser Finanzminister weit besser für das Kaiserreich passen. Sein Kollege von der Justiz will deshalb auch nichts mehr von ihm wissen, und es wird Herrn Thiers nichts übrig bleiben, als seinen Finanzminister über Bord zu werfen. Bis jetzt ist er jedoch nicht entlassen. Janvier ist übrigens freigesprochen worden, und diese Freisprechung ist ein großer Triumph für den Mann in Chiselhurst.

— Es muß in Frankreich immer noch Leute geben, welche glauben, der Franzose werde als Gelehrter geboren. Auch in dem neuen Unterrichtsgesetz ist der Schulzwang nicht eingeführt. Eltern heißt es, haben nur die moralische Verpflichtung, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Außerdem kann jede Person „aus Barimberzigkeit“ eine Elementarschule gründen. Die gegenwärtige Schulbildung unter dem niederen Volke Frankreichs ist allerdings erbarmungswürdig.

England.

Die Londoner Stadtväter müssen doch auf ihren mit Leitern bestiegenen Rossen den Beifall der Königin gefunden haben, denn sie hat beschlossen, dieselben in den Ritterstand zu erheben. Es gibt freilich auch Ritter — von der traurigen Gestalt.

— Die Kaiserin Eugenie macht alles zu Geld, was nicht niets und nagelfest ist. Erst hat sie ihre Juwelen, dann ihre historischen Bücher verkauft, nun kommen die vielen Brillantdozen daran, die sie aus verschiedenen Zeiten angesammelt hat.

Italien.

— Pius IX. erhält zwar viel Fremdenbesuch, aber es sind meist nur stumme Bewunderer und Neugierige, die seinen Pantoffel zu küssen kommen. Um so mehr wurde der alte Herr durch den kürzlichen Besuch des Prinzen Friedrich Carl von Preußen interessiert. Der Papste stimmte auch ihm gegenüber zuerst seine alten Klagen von der Verderbtheit der Welt und der Schlechtigkeit der Menschen an, fand aber bei dem Prinzen dafür kein Gehör, der vielmehr bemerkte, der Papst möge sich wohl täuschen, da er ja den Vatikan nie verlasse und wenig von der Welt sehe; Berichterstatter aber wollte der Prinz nicht gelten lassen, es sei immer am besten mit eigenen Augen sehen. Der Papst war durch die offene und natürliche Unterhaltungsart des Prinzen sehr angenehm berührt. Die Audienz dauerte weit länger, als dies sonst Stil ist. Die Jesuiten, die gewiß an den Thüren gelauscht, werden unterdessen nicht übel gestraft haben.

Niederlande.

— Darüber ist das Volk in Belgien u. Holland mit uns einig, daß das Auftreten des Grafen Chambord als Komödie betrachtet werden muß. Deshalb haben ihn die Antwerpener zur Stadt hinausgepfiffen, und die Dortrechter empfingen ihn mit der gleichen Huldigung. Heinrich V. wird es deshalb hier gar nicht wieder zu derartigen Gastspielen kommen lassen dürfen, wie er sie in Antwerpen in Scene gesetzt hat. Die zahlreiche Deputation aus Lille, welche er dort empfing, überreichte ihm eine weiße Fahne mit Ornamenten in Goldschmiedearbeit, die einen Werth von 100,000 Franken haben sollen. Auch eine Deputation aus Mech hat sich sehen lassen. Frankreich kann unmöglich für diesen moralisch hinausgeworfenen „Sohn des heiligen Ludwig“ sich begeistern, die Dame Republik wird vielmehr mit Gretchen sprechen: Heinrich, mir graut vor Dir!

Rußland.

— Der deutsche Botschafter in Petersburg hat neulich einen Ball gegeben, bei welchem der Kaiser von Rußland u. sämtliche Prinzen — alle in deutscher Uniform erschienen. Selbst dem Thronfolger soll man nichts angemerkt haben, daß ihm der deutsche Rock Brustbestimmungen verurtheilt hätte. Vielleicht hat er seiner Gemahlin zu liebe sich nichts merken lassen; diese amüßte sich so gut, daß sie bis „zum Letzten“ blieb. Ob die Herren Russen bei dieser Gelegenheit auch nach deutscher Musik getanzt haben, steht nicht dabei.

Die Frühjahrs-Kontrollversammlung betreffend.

Nr. 1627. Die Frühjahrskontrollversammlungen der Mannschaften des beurlaubten Standes, ausschließlich Wehrmänner, finden nach Mittheilung des Königl. Kommando's des Landwehrbataillons-Bezirks Karlsruhe, im diesseitigen Amtsbezirk wie folgt statt:

- 1) Zu **Durlach** im Kasernenhof: am **Samstag den 16. März 1872**, Vormittags halb 9 Uhr, für die Stadt Durlach und die Orte: Aue, Wolfartsweier, Grünwettersbach, Hohenwettersbach, Palmbach und Gröbzingen.
- 2) Zu **Berghausen** im Rathhaus: am **Samstag den 16. März 1872**, Nachm. halb 3 Uhr, für die Orte Weingarten, Jöhlingen, Berghausen u. Wöschbach.
- 3) Zu **Wilsferdingen** im Rathhaus: am **Montag den 18. März 1872**, Vormittags halb 9 Uhr, für die Orte Wilsferdingen, Königsbach, Eßlingen, Kleinfeldbach, Eingen, Stupferich, Untermühlbach, Langensteinbach, Auerbach und Spielberg.

Die Bürgermeisterämter des Amtsbezirks haben dies sofort in ihren Gemeinden bekannt machen zu lassen.

Durlach den 2. März 1872.

Großh. Bezirks-Amt:
Jäger Schmid.

Bürgerliche Rechtspflege.

Nr. 2190. Zum Gesellschaftsregister, Ord. B. 18 wurde unter Einem die offene Handelsgesellschaft „Gebrüder Maier in Königsbach“ eingetragen. Dieselbe besteht aus den beiden Gesellschaftern Abraham Maier und Samuel Maier, Handelsleute in Königsbach. Beide Gesellschafter sind verheirathet; Abraham Maier mit Jeanette Strauß von Heinsheim. Nach dem Ehevertrage, Durlach den 12. Mai 1859 bringt jeder Theil 100 fl. in die Gütergemeinschaft ein, wogegen alle übrige gegenwärtige und künftige Fahrniß davon ausgeschlossen ist. Samuel Maier ist verheirathet mit Klara Levl von Eschelbach. Nach dem Ehevertrage, Eisingen den 2. November 1871 bringt jeder Theil 50 fl. in die Gütergemeinschaft ein, wogegen alle übrige, gegenwärtige und künftige Fahrniß davon ausgeschlossen ist.

Durlach den 20. Februar 1872.

Großh. Amtsgericht.

Goldschmidt.

Berghausen.

Holz-Versteigerung.

Nr. 198. In dem Domänenwald Nittner, A. 6, 7, 8 und 20, Brunnenbau, Erlenteich, Kubbuch und Dachsbau, werden mit Vorgriff bis 1. November d. J. die nachbenannten Hölzer versteigert:

bis **Mittwoch den 13. d. M.**, früh 9 Uhr:

18 Holländer u. Nuthholzeichen, 40 Rothbuchen, 27 Hainbuchen, 5 Elzbeer schwach, 5 Birken und 1 Kirschen-Nuthholzstamm, 114 tannene Baumstämme u. 60 buchene Wagnerstangen.

bis **Donnerstag und Freitag den 14. und 15. d. M.**, früh 10 Uhr:

4schühiges Nuthholz: 31 Eter buchen und 15 Eter eichen; Scheiterholz: 750 Eter buchen, 38 Eter eichen, 3 Eter tannen u. 12 Eter gemischtes; Brüggeholz: 301 Eter buchen, 39 Eter eichen, 22 Eter nadel und 48 Eter gemischtes; Stockholz: 112 Eter buchen

und eichen; Wellen: 6875 buchen u. 3334 Stück gemischt und 8 Loos Schlagraum.

Man versammelt sich jeden Tag bei der Hütte im Nittnerwald, wo alles Brennholz verkauft wird, weshalb die Liebhaber solches vorher einsehen mögen.

Berghausen den 2. März 1872.

Großh. Bezirksforstei.

Gamer.

Aus dem Stadtalmosen- und Spitalfond sind sofort **2000 Gulden** gegen vorchriftsmäßige Pfandverordnungen auszuleihen.

Durlach, 1. März 1872.

Der Gemeinderath.

Bleidorn.

Siegrist.

Die Gemeinde Hohenwettersbach hat auf 18. März d. J.

2500 Gulden

auszuleihen. Nähere Auskunft ertheilt Bürgermeister Lust.

Frucht-Markt.

In Gemäßheit des §. 8 der Verordnung großh. Handels-Ministeriums vom 25. März 1861 (Regierungs-Blatt Nr. 16) werden die Ergebnisse des heutigen Markt-Verkehrs an Getreide und Hülsen-Früchten im Folgenden bekannt gegeben.

Fruchte-Gattung.	Einfuhr.		Verkauf.		Mittelpreis pro 50 Kilogramm.
	Kilogr.	Kilogr.	fl.	kr.	
Weizen	—	—	—	—	—
Kernen, alter	—	—	—	—	—
do. neuer	30,050	30,050	7	55	—
Korn	—	—	—	—	—
Gerste	—	—	—	—	—
Haber, neuer	3,050	3,050	4	11	—
alter	—	—	—	—	—
Erbsen 1/2 Kilogr.	—	—	—	—	8
Linsen	—	—	—	—	8
Bohnen	—	—	—	—	6
Wicken	—	—	—	—	—
Einfuhr	33,100	33,100	—	—	—
Ange stellt waren	—	—	—	—	—
Vorrath	33,100	—	—	—	—
Verkauft wurden	33,100	—	—	—	—
Ange stellt blieben	—	—	—	—	—

Sonstige Preise: 1/2 Kilogramm Schweinejamal 30 kr., Rindsjamal 34 kr., Butter 32 kr., 10 Stück Eier 16 kr., 10 Liter Kartoffeln 20 kr., Hen pro 50 Kilogramm 2 fl. — kr., Stroh pro 50 Kilogr. 1 fl. 24 kr., 1 Eter Buchenholz 8 fl.

Durlach, 9. März 1872 Bürgermeisteramt.

Kuh-Versteigerung.

[Langensteinbach.] In Folge richterlicher Verfügung werden auf dem Rathhause zu Langensteinbach am

Dienstag den 12. März,

Nachmittags 1 Uhr:

1 reißelässige mächtige Kuh gegen Baarzahlung öffentlich versteigert, wozu etwaige Liebhaber einladet

Durlach den 23. Februar 1872.

Maus, Gerichtsvollzieher.

Einladung.

Zu der am **Donnerstag, 14. d. M.** stattfindenden öffentlichen Prüfung der höhern Töchter Schule hier werden die Eltern der Schüleinnen sowie die sonstigen Freunde der Anstalt hiemit höflichst eingeladen.

Der frühzeitigen Abhaltung der Prüfung wegen wird die's Jahr kein Programm ausgegeben.

Durlach den 11. März 1872.

Evangel. Ortschulrath.

Specht.

Karlsruhe.

Schneider,

tüchtige, welche im Anfertigen von Militärbekleidung, als: Waffentöde, Mäntel, Drillichjaden u. Gewandtheit haben, finden unter Zusicherung guter Bezahlung stets Arbeit **Spitalstraße 25 parterre rechts.**

N.B. Da die zur Arbeitsfertigung nöthigen Stoffe — zugeschnitten gefaßt werden, ist ein Zumeinanderzeugniß beizubringen.

500--600 fl. Pflegschaftsgelder sind gegen vorchriftsmäßige Pfandverträge auszuleihen bei

Müller Langendörfer in Weingarten.

145 Gulden aus dem Heiligenfond zu Börsbach sind gegen doppelte Besicherung auszuleihen. Näheres bei Rechnung Buchs.

Lehrlings-Gesuch.

Ein junger Lurche, welcher Lust hat das **Schneider-Handwerk** zu erlernen kann sogleich in die Lehre treten bei Schneidermeister **Roßweiler** in Berghausen.

Anerkennung.

Von der engl. Lebensversicherungs-Gesellschaft **The Gresham** in London wurde mir heute das Versicherungs-Kapital von **3500 Franken**, wofür sich mein verstorb. Gemann, Revisor Ludwig Guth dahier, bei obiger Gesellschaft zu meinen Gunsten versichert hatte, prompt und coulant ausbezahlt, welches hiermit unter Empfehlung dieser Gesellschaft dankend anerkennt.

Bühl den 17. Jan. 1872.

Frau Revisor Guth Wth.

